

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

25. - 31. Juli 2026

Die Waldbrände in Frankreich stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar. Trotz erster Fortschritte sei die Lage „kompliziert“, erklärte Innenminister Laurent Nuñez am 30. Juli nach einer Krisensitzung. Insgesamt wurden bereits rund 117.000 Hektar Land zerstört. Besonders betroffen waren die Regionen Gironde, Var und Côte-d'Or. In der Gironde konnten 84.000 evakuierte Einwohner zwar in neun Gemeinden in ihre Häuser zurückkehren, dennoch mahnen die Behörden weiter zur Vorsicht. Die Gesundheitsbehörden empfehlen Schutzmaßnahmen beim Reinigen der Häuser, da Asche und Rauch gesundheitsschädlich sein können. Innenminister Laurent Nuñez erklärte Am 31. Juli, dass im Zusammenhang mit den Bränden 308 Personen festgenommen wurden, darunter 120 Minderjährige. Die Festnahmen erfolgten überwiegend wegen mutmaßlich vorsätzlich begangener Straftaten. Gegen 33 Personen wurden Untersuchungshaft angeordnet oder bereits verurteilt. Zudem kündigte der Minister an, dass die Kontrollen in den Waldgebieten verstärkt wurden, um mögliche Brandstifter schneller aufspüren und festnehmen zu können. Frankreich erhält zudem umfangreiche Unterstützung im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzmechanismus. Deutschland stellte zwei schwere Polizeihubschrauber, ein Transportflugzeug vom Typ A400M sowie das Löschflugzeug „Hexe 1“ aus Sachsen-Anhalt bereit. Weitere europäische Staaten wie Kroatien, Portugal, Tschechien, die Slowakei, Rumänien und die Schweiz entsandten Löschflugzeuge, Hubschrauber und Feuerwehkräfte.

Der französische Premierminister Sébastien Lecornu hat die Umweltministerin Monique Barbut damit beauftragt, bis Anfang Oktober neue konkrete Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorzulegen. Ziel ist es, die Umsetzung des dritten Nationalen Plans zur Anpassung an den Klimawandel (PNACC 3) deutlich zu beschleunigen. Dieser wurde im März 2025 veröffentlicht und enthält rund fünfzig Maßnahmen, um Frankreich auf eine Erderwärmung von bis zu vier Grad Celsius bis zum Jahr 2100 vorzubereiten. Lecornu fordert die Ministerin auf, mehrere zentrale Bereiche zu überarbeiten. Dazu gehören die Anpassung von Gebäuden und Stadtplanung, die Landwirtschaft, der Verkehr, das Wassermanagement sowie das Bildungswesen. So könnte beispielsweise der Schulkalender an häufigere Hitzewellen angepasst und Prüfungstermine bei extremer Hitze verschoben werden. Falls nötig, sollen bestehende staatliche Finanzmittel umverteilt werden, damit die neuen Projekte noch während der Amtszeit der aktuellen Regierung verwirklicht werden können.

Der französische Investitionsplan „France 2030“, der 2021 von Präsident Emmanuel Macron ins Leben gerufen wurde, wird sich aufgrund finanzieller Schwierigkeiten um zwei bis drei Jahre verzögern. Ursprünglich sollten die öffentlichen Investitionen in Höhe von 54 Milliarden Euro zwischen 2022 und 2027 bereitgestellt werden. Laut Bruno Bonnell, Generalsekretär für staatliche Investitionen im Programm „France 2030“, wird sich die Umsetzung nun jedoch voraussichtlich bis 2032 oder 2033 erstrecken. Bislang wurden 44 Milliarden Euro zugesagt, davon wurden 20 Milliarden Euro ausgezahlt. Die verbleibenden zehn Milliarden Euro können jedoch aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht wie geplant investiert werden. Gleichzeitig verzögern sich auch private Investitionen, da Unternehmen aufgrund internationaler Unsicherheiten – etwa durch die Kriege in der Ukraine und im Iran – vorsichtiger geworden sind. Neben der zeitlichen Verschiebung wird auch über die zukünftigen Prioritäten des Programms diskutiert. Bisher flossen große Summen in die Bereiche Elektronik, Elektrofahrzeuge und Dekarbonisierung der Industrie. Künftig sollen zusätzlich Quanten-Technologien und künstliche Intelligenz stärker gefördert werden. Kritiker befürchten jedoch, dass dadurch wichtige Bereiche wie die Landwirtschaft oder das Gesundheitswesen weniger Unterstützung erhalten und langfristige Innovationsziele gefährdet werden.

Die russische Journalistin und Kommentatorin Xenia Fedorova erhielt am 29. Juli 2026 einen Ausweisungsbescheid des französischen Innenministeriums. Die Behörden werfen ihr vor, russische Propaganda und Desinformation zu verbreiten sowie im Interesse des Kremls Einfluss auf die französische Öffentlichkeit zu nehmen. Fedorova war bis zur Schließung des Senders im Jahr 2022 Chefin des russischen Staatssenders RT France und tritt seither regelmäßig bei den französischen Medien CNews, Europe 1 und JDNews auf. Fedorova kündigte an, gerichtlich gegen den Bescheid vorzugehen. Am 31. Juli 2026 ordnete das französische Wirtschaftsministerium zudem das Einfrieren ihrer Vermögenswerte in Frankreich für zunächst sechs Monate an. Die Maßnahme soll verhindern, dass sie finanzielle Mittel für mutmaßliche Einflussaktivitäten nutzen kann.

Das Pariser Gericht hat den Antrag der Partei Renaissance abgewiesen, Marine Le Pen die Verwendung des Begriffs „Renaissance“ auf ihrem ersten Wahlkampfplakat für die Präsidentschaftswahl 2027 zu untersagen. Die Partei, die derzeit unter dem Vorsitz von Gabriel Attal steht, hatte dem Rassemblement National Markenverletzung und unlautere Ausnutzung ihres Parteinamens vorgeworfen. Das Gericht entschied jedoch, dass der Slogan „Für Frankreich, die Renaissance“ im politischen und nicht im markenrechtlichen Kontext verwendet werde und keine Verwechslungsgefahr mit der Partei Renaissance bestehe. Auch eine Täuschung der Wähler liege nicht vor. Renaissance kündigte Berufung gegen das Urteil an.

Die Ernennung des französischen Diplomaten Aurélien Lechevallier zum neuen Botschafter in Washington wurde von der US-Regierung vorerst blockiert. Hintergrund ist ein diplomatischer Streit zwischen Frankreich und den USA über die Nichtverlängerung des Mandats von Volker Türk als UN-Hochkommissar für Menschenrechte. Auslöser war ein scharf formulierter Beitrag der französischen UN-Vertretung, in dem den USA vorgeworfen wurde, kein Vorbild für Menschenrechte mehr zu sein und sich mit Staaten wie Russland oder Nordkorea international zu isolieren. Die Regierung von Donald Trump wertete diese Äußerungen als unangemessen und verweigerte Lechevallier bislang die notwendige Zustimmung. Frankreich bemüht sich gemeinsam mit der US-Botschaft in Paris um eine diplomatische Lösung. Ob und wann die USA ihre Zustimmung zur Ernennung erteilen werden, ist derzeit jedoch noch ungewiss.

Der Iran hat den französischen Botschafter in Teheran, Pierre Cochard, einbestellt und Frankreich Einmischung in innere Angelegenheiten vorgeworfen. Hintergrund ist die kurzzeitige Festsetzung und Befragung von zwei französischen Diplomaten, die nach iranischen Angaben unzulässige Kontakte zur Zivilgesellschaft gepflegt hätten. Frankreich weist die Vorwürfe zurück. Außenminister Jean-Noël Barrot sprach von einer „äußerst schwerwiegenden Einschüchterungsmaßnahme“ und erklärte, die Diplomaten seien mehrere Stunden ohne Grund festgehalten und einer von ihnen körperlich misshandelt worden. Der Iran bestreitet dies und erklärt, die Diplomaten seien lediglich kurz befragt worden.

Am 28. Juli 2026 wurde Zinédine Zidane offiziell zum neuen Trainer der französischen Fußballnationalmannschaft ernannt. Er tritt die Nachfolge von Didier Deschamps an, der die „Équipe de France“ fast vierzehn Jahre lang betreut hatte. Für Zidane geht damit ein lang gehegter Traum in Erfüllung, da er das Amt des Nationaltrainers seit Jahren angestrebt und andere Angebote bewusst abgelehnt hatte. Sein Vertrag beginnt am 1. August 2026 und läuft bis zur Weltmeisterschaft 2030. Seine Ernennung löste in Frankreich große Begeisterung aus: Bereits wenige Tage später waren die Eintrittskarten für die ersten Heimspiele der Nationalmannschaft in der Nations League stark nachgefragt – ein Phänomen, das von den Medien als „Zidane-Effekt“ bezeichnet wurde.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der ehemalige französische Premierminister **Bernard Cazeneuve** (PS - Parti socialiste) hat seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 angekündigt. In einem Interview mit der Zeitschrift Marianne erklärte er, er wolle das Amt des Staatspräsidenten übernehmen, um seine politischen Vorstellungen umzusetzen. Bereits vor zwei Wochen veröffentlichte er einen 86-seitigen Brief an die französische Bevölkerung, in dem er die Grundzüge seines Programms darlegte. Konkurrenz im sozialistischen Lager – etwa durch François Hollande oder Raphaël Glucksmann – schließt er nicht aus, lehnt jedoch eine Vorwahl ab. Zu seinen politischen Schwerpunkten zählen die Stärkung der öffentlichen Dienste, die nationale Souveränität sowie der Abbau der Staatsverschuldung und der Haushaltsdefizite.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,2 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0

Frankreich konnte im zweiten Quartal 2026 eine Rezession vermeiden und verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von 0,2 %. Damit lag das Ergebnis leicht unter der Prognose des Statistikamts Insee, entsprach aber den Erwartungen der Banque de France. Nach einem Rückgang von 0,1 % im ersten Quartal wurde die Erholung vor allem durch stärkere Exporte und eine leichte Belebung der Binnennachfrage getragen. Der private Konsum stieg um 0,2 %, insbesondere bei Industriegütern und Dienstleistungen, während die Nachfrage nach Lebensmitteln, Energie und Erdölprodukten zurückging. Auch die öffentlichen Ausgaben legten zu. Die Gesamtproduktion von Waren und Dienstleistungen erhöhte sich um 0,3 %, wobei vor allem der Dienstleistungssektor für Impulse sorgte, während die Industrie schwach blieb. Dämpfend wirkten dagegen sinkende Lagerbestände, die das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts begrenzten.